

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

DGB-
Jahresauftaktpressekonferenz 2013

Berlin, 10. Januar 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, Sie hatten einen geruhsamen Jahreswechsel, einen guten Start in das Jahr 2013 und ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Vor uns liegt ein arbeits- und ereignisreiches Jahr. Es wird, da braucht man kein Prophet sein, von Wahlkämpfen und der Wirtschafts- und Finanzkrise beherrscht werden. Aus der Bankenkrise – Auslöser der jetzigen Krise – ist längst eine soziale Krise geworden. Und beide sind noch nicht ausgestanden. Das Umfeld, in dem wir uns bewegen, wird eher schwieriger.

Dazu kommen in 2013 für die Gewerkschaften wichtige Tarifrunden, in denen es nicht zuletzt darum gehen wird, diejenigen an der gerechten Verteilung des Wohlstands zu beteiligen, die ihn erarbeiten: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das gilt für die Beschäftigten in der Privatwirtschaft und für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die in einem nicht unerheblichen Maße zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge beitragen. Die Gewerkschaften werden ihre Forderungen wie gewohnt kraftvoll vertreten und mit Augenmaß aufstellen. Der Verteilungsspielraum für substanzielle Lohnerhöhungen ist da und die Beschäftigten verdienen eine Anerkennung ihrer Leistung.

Und um es noch einmal deutlich zu sagen: auch in den anstehenden Wahlkampfauseinandersetzungen bleiben wir dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet, überparteilich, aber nicht neutral. Wir sind die Organisation der Arbeit, die Interessenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Als solche werden wir keine Wahlempfehlung für eine Partei, eine Koalition, Kandidaten oder Konstellationen aussprechen. Für uns entscheiden die Inhalte. Ich wünsche mir, dass im September viele Menschen in dieser so schwierigen Zeit zur Wahl gehen. Denn es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine soziale und gerechte Politik für Deutschland und Europa. Und dass eine solche Politik Realität wird, kann jeder Bürger mit seiner Stimme beeinflussen.

Zustand der Regierungskoalition

Gleich zu Beginn des Jahres schauen wir alle gespannt auf die Wahl in Niedersachsen, in deren Fahrwasser die Bundesregierung ihre Aufstellung für die letzten acht Monate bis zur Bundestagswahl nehmen wird. Mir schwant nichts Gutes.

Das zurückliegende Regierungsjahr war geprägt von parteitaktischem Geplänkel und koalitionsintern motivierten Manövern und Entscheidungen. So ist wohl von dieser Regierungskoalition im Wahljahr außer dem einen oder anderen Klientelgeschenk keine substanzielle, zukunftsweisende Politik zu erwarten.

Selbst der stümperhafte Minimalkompromiss der Koalition zur sogenannten Lebensleistungsrente wird nun wohl an der CSU scheitern. Man sieht, rentenpolitische Kompetenz hat in dieser Drei-Parteien Koalition keine Heimat. Das ist ein erneutes Armutszeugnis von Schwarz-Gelb im Kampf gegen Altersarmut.

Ich hoffe allerdings, dass die Regierung wenigstens dann Handlungsfähigkeit beweist, wenn es um schnelle Entscheidungen zum Wohle der Beschäftigten und des Wirtschaftsstandortes Deutschland geht. Um einen massiven Wirtschaftseinbruch aufzufangen und die sozialen Folgen abzufedern, müssen dann schnell und unkompliziert Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld plus auf den Weg gebracht werden. Wobei ich mir prinzipiell wünsche, dass

uns eine Wirtschaftskrise erspart bleibt, vor allem zu Zeiten eines Wirtschaftsministers Rösler.

Auch bei einem weiteren Thema macht diese Koalition alles andere als eine gute Figur. Ich rede von der Energiewende. Wegen koalitionsinternen Nickschlägen und persönlichen Befindlichkeiten streiten sich drei Minister über die Zukunft der Energiepolitik in Deutschland und verstoßen das Zukunftsprojekt für den Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland. Deutschland hätte die Chance, mit einer weitsichtigen Energiepolitik zu zeigen, dass es möglich ist, auf erneuerbare Energien zu setzen und trotzdem als exportorientiertes Industrieland führend zu bleiben. Wir hätten die Chance, die Energiewende 'Made in Germany' zum Exportschlager zu machen, wenn sich diese Regierung ihrer Verantwortung bewusst werden würde. Leider zweifle ich daran, bis zum September ein solches Wunder zu erleben. Es wird weiter im koalitionsinternen und persönlichen Nickschlag agiert und das Gesamtbild aus den Augen verloren.

Zur CDU kann man immerhin sagen, dass die Papierlage zunehmend besser wird – die Faktenlage indes leider nicht. Ich höre sehr wohl die Worte der Bundeskanzlerin zur Sozialen Marktwirtschaft oder auch den Wunsch von Bundesarbeitsministerin von der Leyen, sie hoffe, die FDP möge sich in Fragen des Mindestlohns bewegen. An beide gerichtet sage ich: Worte allein reichen nicht aus – entscheidend ist, was am Ende im Gesetzblatt steht.

An die Damen und Herren der jetzigen Opposition, an Rot-Grün gerichtet sage ich: „Bleiben Sie bei ihrer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Klarheit und zeigen sie Verlässlichkeit.“

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa

Bereits im Oktober 2012 hat der DGB seine Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl übermittelt. Wir wollen einen Politikwechsel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deswegen konzentrieren wir uns in den kommenden Monaten bis zur Wahl auf drei Themen: Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa, die wir auch durch eine einheitliche Gestaltungs- und Kommunikationslinie in die Öffentlichkeit tragen werden. Das sind für uns die entscheidenden Zukunftsthemen: für Deutschland und Europa.

Wir planen drei Aktionswellen mit bundesweit stattfindenden betrieblichen und örtlichen Aktivitäten im April nach Ostern sowie Anfang Juni und Anfang September.

Wir wissen sehr wohl um die schwierige Lage der Haushalte in verschiedenen europäischen Ländern, aber wir halten den eingeschlagenen Weg der Krisenbekämpfung für falsch. Mit den Maßnahmen wurde und wird auf dem Rücken der kleinen Leute, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Krise ausgetragen. Aber die Krise ist so lange nicht gelöst, wie es der Politik nicht gelingt, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die die Krise verursacht haben.

Die Politik muss das Heft des Handels in die Hand nehmen und darf sich nicht von namenlosen Bankern und Finanzmanagern den Weg diktieren lassen. Wir brauchen endlich eine durchgreifende Regulierung der Finanzmärkte, wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, um die Krisenverursacher an den Krisenkosten zu beteiligen. Die Regierungen müssen die Macht der Ratingagenturen brechen und alle Finanzmarktprodukte müssen von einem öffentlichen Finanz-TüV geprüft und zugelassen werden, bevor sie auf den Markt gelangen.

Neue Ordnung der Arbeit

Wir werden das Jahr 2013 zum Jahr einer neuen Ordnung der Arbeit machen. Wir werden mobilisieren, damit nach der Bundestagswahl keine Regierung daran vorbei kommt, die bestehenden Missstände auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen und neue Leitplanken zur Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuziehen. Die Zeit der

Deregulierung von Arbeit auf dem Rücken der Beschäftigten ist vorbei. Jahrelang gingen Arbeitsmarktreformen immer zulasten der Beschäftigten. Es ist an der Zeit, dass endlich wieder Reformen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht werden statt gegen sie.

Für eine neue Ordnung der Arbeit setzen die Gewerkschaften nicht nur auf den Gesetzgeber, sondern auf einen Dreiklang von gesetzlichen, betrieblichen und tarifpolitischen Initiativen und Maßnahmen. Dabei wissen wir in vielen Themen wie beispielsweise beim Mindestlohn oder der Regulierung der Leiharbeit die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter uns.

Auch wir begrüßen es, dass sich der Stand der sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse wieder erholt hat – übrigens etwa auf den Stand der Jahre vor den Agenda-Reformen. Die gute Beschäftigungssituation ist auch ein Ergebnis der erfolgreichen Krisen- und Betriebspolitik der Gewerkschaften und Betriebsräte in den vergangenen Jahren. Aber es gibt keinen Grund, angesichts dieser Zahlen in Jubelgesänge zu verfallen. Denn wir dürfen nicht vergessen: Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa. Nahezu jeder Vierte muss inzwischen im Niedriglohnbereich arbeiten, viele zu Löhnen, von denen niemand leben kann.

Es herrscht Unordnung auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitsarmut breitet sich in einem beunruhigenden Maße in Deutschland immer weiter aus und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind für viel zu viele Menschen Lebensrealität. Arm trotz Arbeit ist keine Seltenheit. Denn dem Diktat des Marktes folgend wurde über Jahrzehnte hinweg die Arbeitsleistung von Menschen immer stärker abgewertet. Der Preis, der für die Markthörigkeit gezahlt wurde, war und ist viel zu hoch. Die Leitplanken für gute Arbeit – auskömmlich, geschützt, gesund und partizipativ – die unsere Soziale Marktwirtschaft doch eigentlich ausmachen – wurden gezielt abgebaut und eingerissen.

Der DGB fordert seit längerem eine neue Ordnung der Arbeit. Dabei stehen vier Ziele für uns im Mittelpunkt:

- Mehr und besser geschützte, unbefristete und Existenz sichernde Normal-Arbeitsverhältnisse,
- Festigung der Tarifautonomie
- Bekämpfung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung,
- Stärkung der Mitbestimmung und der Arbeitnehmerrechte.

Die DGB-Gewerkschaften stehen für das Konzept der Guten Arbeit. Wir wollen für alle Menschen ein gutes und sicheres Einkommen – für ein Leben in Würde. Wir wollen eine Stärkung des Normal-Arbeitsverhältnisses, wir wollen, dass sozial abgesicherte Arbeit zu Existenz sichernden Löhnen die prekären Beschäftigungsverhältnisse wieder zurückdrängt. Arbeit darf nicht länger entwertet werden.

Mindestlohn und Leiharbeit

Für eine neue Ordnung der Arbeit müssen wir die Missstände auf dem Arbeitsmarkt Schritt für Schritt angehen und dabei jedes Problemfeld einzeln beackern. Ein erster Schritt liegt auf der Hand: Die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro in der Stunde.

Es ist höchste Zeit, dass der gesetzliche Mindestlohn kommt. Wir werden in dieser Frage nicht nachlassen und uns nicht auf faule Kompromisse einlassen. Löhne, die unter 8,50 Euro die Stunde liegen, darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Auch bei der gesetzlichen Regulierung der Leiharbeit bleibt es dabei: Es muss der Grundsatz 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' gelten. Und wir brauchen für die Betriebsräte in

Deutschland mehr Mitbestimmungsrechte in Fragen des Einsatzes von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern.

Die Tarifvereinbarungen zur Leiharbeit sind ein Erfolg der DGB-Gewerkschaften. Mit den zeitlich gestaffelten Branchenzuschüssen werden die Löhne der Leiharbeiter schrittweise an die Einkommen der Stammbesellschaften angenähert. All das sind tarifpolitische Erfolge, die die Situation für die Betroffenen verbessern. Aber sie dürfen nicht als Vorwand für die Untätigkeit des Gesetzgebers herhalten, denn die Forderung nach ‚gleichem Lohn für gleiche Arbeit‘ ist damit noch nicht erfüllt.

Die Fakten sind bekannt, unsere Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Jetzt ist es an der Bundesarbeitsministerin zu handeln statt zu moderieren.

Werkverträge

Und die Zeit drängt. Nach den ersten tarifpolitischen Regulierungsschritten in der Leiharbeit weichen die Arbeitgeber bereits auf das nächste Schlupfloch aus, um die weitere Fragmentierung am Arbeitsmarkt voran zu treiben: den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen. Denn bei solchen „falschen“ Werkverträgen geht es doch nur darum, Löhne zu drücken, den Kündigungsschutz auszuhebeln, die betriebliche Mitbestimmung zu umgehen und die Stammbesellschaften unter Druck zu setzen. Auch in diesem Punkt müssen die Betriebsräte ein stärkeres Mitbestimmungsrecht erhalten.

Minijobs

Zur Unordnung auf dem Arbeitsmarkt haben vor allen Dingen die Minijobs beigetragen. Statt die Minijobs einzudämmen hat diese Bundesregierung durch die Anhebung der Minijob-Grenze auf 450 Euro das Problem noch verschärft. Es ist nicht nur politisch falsch, die Minijob-Grenze auszuweiten. Die Erhöhung der Minijobs ist auch noch unsinnig, da die Mehrheit der Minijobberinnen – es sind ja in erster Linie Frauen – gar nicht die alte Obergrenze ausgeschöpft hat. Das Durchschnittsgehalt der Minijobber liegt bei 260 Euro, die Anhebung bringt den Betroffenen nichts, sie ist reine Schaufensterpolitik, von der niemand etwas hat.

Wir sprechen uns gegen die Ausweitung der Minijobs aus und fordern stattdessen eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Der DGB hat dazu ein Konzept vorgelegt, das ich den Parteien noch einmal zur Lektüre empfehlen möchte. Grundsätzlich gilt: Wir brauchen nicht noch mehr Minijobs, sondern mehr reguläre, sozial abgesicherte Beschäftigung.

Equal Pay

Eine Neue Ordnung der Arbeit wird dann ihrem Namen gerecht, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und die Gleichstellung von Frauen und Männern endlich verwirklicht wird. Gleichstellung muss zu allererst heißen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern.

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung in ganztägige Betreuung muss systematisch vorangetrieben werden. Auch der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist zwingend notwendig, um es Familien zu ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Damit dieser Rechtsanspruch tatsächlich eingelöst werden kann, brauchen wir jeden Cent. Es ist darum ein besonderes Ärgernis, dass die Bundesregierung das Geld verbrennt für ein Betreuungsgeld, das außer Herrn Seehofer eigentlich niemand wirklich will.

Neben dem Equal-Pay-Day im März werden wir auch einen Tag der Entgeltgleichheit in den Betrieben am 10. Oktober organisieren. Das ist der Tag, ab dem Frauen statistisch betrachtet im Vergleich zu Männern bis zum Ende des Jahres für null Euro weiterarbeiten.

Psychische Belastung

Es gibt nicht nur im Niedriglohnsektor Probleme. Auch viele regulär beschäftigte Kolleginnen und Kollegen arbeiten unter immer schlechteren Arbeitsbedingungen und unter immer höherem Druck. Die Entgrenzung von Arbeit schreitet voran. Der technologische Fortschritt tut sein übriges, dass viele Menschen sich rund um die Uhr für ihren Chef erreichbar halten und selbst im Urlaub – im wahrsten Sinne des Wortes – nicht abschalten. Die ständige Erreichbarkeit der Mitarbeiter, die steigende Arbeitsverdichtung, das Verschwimmen von Arbeitszeit und Freizeit, die Zunahme psychischer Belastungen bis hin zum Burnout – das alles zeigt, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt.

Und eins ist klar: es wird sich nicht von selbst regeln. Wir müssen hier Pflöcke einschlagen und Grenzen setzen, um die Auswüchse einzudämmen und die arbeitenden Menschen zu schützen. Der Staat kann und muss den Rahmen abstecken durch Gesetze und Verordnungen. Die IG Metall hat hierzu vor einiger Zeit schon den Vorschlag einer Anti-Stress-Verordnung unterbreitet. Er sieht vor, psychische Belastungen mit anderen Gefährdungen in der Arbeitswelt wie zum Beispiel Lärm, mangelnde Beleuchtung und Giftstoffe gleichzustellen und die psychische Gesundheit der Beschäftigten durch klare Arbeitsschutzvorschriften zu schützen. Das wäre ein wichtiger erster Schritt, um die Gesundheit der Beschäftigten besser zu schützen. Die Arbeitsministerin hat den psychischen Belastungen und der neuen Volkskrankheit Burnout wie immer sehr öffentlichkeitswirksam den Kampf angesagt. Wir begrüßen das, aber es müssen jetzt auch Taten folgen. Das Thema darf nicht schon wieder zu den Akten gelegt werden mit dem Hinweis, die FDP stelle sich quer. Das haben wir zu oft gehört.

AVE - Allgemeinverbindlichkeitserklärung

Alleine wird der Gesetzgeber nicht alle Probleme lösen können. Dazu braucht es die Tarifpartner. Aber die Tarifpartner können nur wirkungsvoll handeln, wenn eine hohe Tarifbindung gewährleistet ist. Darum müssen wir die Tarifbindung durch das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung stärken.

Beispiele aus dem Ausland zeigen, wie sich über den verstärkten Einsatz dieses Instruments das Tarifsysteem stärken lässt. Man muss es nur anwenden. Dafür müssen in Deutschland die Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert werden. Derzeit muss ein öffentliches Interesse an der AVE festgestellt und ein Quorum von 50 Prozent erfüllt werden, das heißt der Tarifvertrag muss bereits für mindestens die Hälfte der Beschäftigten einer Branche gelten, damit er für alle verbindlich erklärt werden kann.

Beides erschwert die AVE. Das öffentliche Interesse muss präzise definiert werden und vor allem muss die 50-Prozent-Marke weg. Denn sie verhindert die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen gerade in den Branchen, in denen sie dringend notwendig wäre.

Wichtig ist auch, dass die Einhaltung von Tarifverträgen ebenso wie von Mindestlöhnen kontrolliert wird, sei es durch die Betriebsräte oder ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, um die Einhaltung sozialer Standards notfalls auf dem Rechtsweg durchzusetzen.

Europa – Krise – Wachstum – Marshall-Plan

Nicht zuletzt wegen der Auswirkungen der Kürzungspolitik in Europa geht in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die Vermögen wachsen auf der einen Seite in einem nie gekannten Ausmaß an. Auf der anderen Seite haben wir eine immer größer werdende Anzahl von Menschen, deren Zukunftsperspektiven schwierig, wenn nicht gar aussichtslos sind.

Ein soziales und modernes Europa wird es mit der falschen Kürzungspolitik nicht geben. Ein soziales und modernes Europa braucht Investitionen in die Zukunft des Kontinents. Der DGB-Bundesvorstand hat deshalb einen durchgerechneten Marshall-Plan vorgelegt, der mit Zukunftsinvestitionen für dauerhaften Wohlstand und Beschäftigung für Alle sowie für eine höhere Lebensqualität durch ein qualitatives Wachstum sorgt. Der Marshall-Plan ist ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm. Wir unterbreiten damit einen Vorschlag zur Überwindung der Krise und benennen dabei klar und konkret, wie viel Geld in die Hand genommen werden muss, wo es herkommen und wo es hin fließen soll.

Der auf zehn Jahre angelegte Marshall-Plan mit einem Volumen von jährlich 260 Milliarden Euro ist nur dann zu finanzieren, wenn die Kosten der Krisenbewältigung anders als bisher verteilt werden. Zur Finanzierung des Marshall-Plans sprechen wir uns gegen neue Schulden aus. Vielmehr wollen wir die Vermögenden in Europa zur Finanzierung des Marshall-Plans heranziehen, ohne sie zu überfordern. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe soll ein sogenannter Europäischer Zukunftsfonds gespeist werden. Für Deutschland schlagen wir eine einmalige Abgabe von 3 Prozent auf Vermögen ab 500.000 Euro bei Ledigen und ab 1 Million Euro bei Verheirateten vor. Insgesamt könnten bei einem vergleichbaren Satz europaweit zwischen 200 und 250 Milliarden Euro mobilisiert werden. Hiermit hätte der Fonds eine solide Eigenkapitalbasis, Anleger bekommen eine gute und sichere Anlagemöglichkeit und die EU sichert die Finanzierung der Modernisierungsoffensive.

Der Fonds soll 10jährige 'New Deal Anleihen' herausgeben. Die jährliche Zinslast und die Tilgung, für die der Fonds selber aufkommen muss, soll nach unserem Vorschlag wiederum aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer bezahlt werden. Wir gehen dabei von einem einheitlichen Steuersatz von 0,1 Prozent auf alle Finanzprodukte einschließlich des Devisenhandels aus. Die Zukunft Europas ist finanzierbar, die Staats- und Regierungschefs müssen nur so handlungsfähig sein, den Weg zu gehen.

Es geht nicht darum, noch mehr Beton zu produzieren, sondern um zukunftsweisende Investitionen zum Beispiel in Bildung, in eine nachhaltige Energiepolitik oder den Ausbau von Breitbandnetzen.

Dabei gilt: Europa kann man nur mit den Menschen gestalten, nicht gegen sie. Deshalb sind die Kürzungsprogramme, die die europäischen Staats- und Regierungschefs den Krisenländern diktieren, nicht nur wirtschaftlich schädlich. Sie schaden auch der europäischen Idee und der Demokratie. Denn es verfestigt sich der Eindruck in den betroffenen Ländern, nicht mehr Herr des Verfahrens zu sein. Die Jugend in Europa erlebt die europäische Integration momentan mehr als Bedrohung denn als Verheißung.

Europa braucht eine Perspektive, Europa verdient eine Perspektive, denn nicht nur für meine Generation ist Europa das Friedensprojekt der letzten Jahrzehnte mit einem – in meinen Augen – unermesslichen Potenzial. Europa könnte das Beispiel für eine demokratisch gefestigte, sozial gerechte Gesellschaft sein, mit qualitativem, nachhaltigem Wachstum. Aber dafür braucht es dringend einen Kurswechsel.

Altersarmut – Sichere Rente

Die Koppelung von Arbeitseinkommen und Alterseinkommen als Kernprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung ist für uns Gewerkschaften unumstößlich. Leider verschließt vor allem die Koalition immer noch die Augen vor den Folgen von Arbeitsarmut: Wer im Berufsleben arm trotz Arbeit ist, ist auch arm im Alter. Meint es diese Regierung ernst damit, Politik für die Menschen zu machen, muss sie endlich wirkungsvolle Vorschläge zur Bekämpfung von Alter- und Erwerbsarmut machen.

Die von Frau von der Leyen ausgerufene 'Lebensleistungsrente' ist reiner Etikettenschwindel: Lebensleistung steht drauf, raus kommen nach einem Leben voller Arbeit nicht mehr als ein paar Euro. Die Menschen haben nach einem arbeitsreichen Leben das Recht auf eine sichere Rente, die ihnen ein Leben in Würde ermöglicht und die tatsächlich ihre Lebensleistung anerkennt. Und solange die Rente mit 67 nicht mehr und nicht weniger ist als eine Rentenkürzung, die einseitig zu Lasten der Rentnerinnen und Rentner geht, ist sie falsch und gehört mindestens ausgesetzt, besser abgeschafft. Die Absenkung des Rentenniveaus ist in unseren Augen ebenso falsch und reiht sich ein in eine Reihe von Entscheidungen, die einseitig zu Lasten der künftigen Rentnergenerationen gehen.

Der DGB hat sich hierzu schon frühzeitig programmatisch aufgestellt. Mit unserem Rentenkonzept zeigen wir, dass sichere Renten finanzierbar sind. Wir wollen die unterschiedlichen Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente flexibel gestalten, zum Beispiel mit Altersteilzeit, Teilrenten und Zeitwertkonten. Wir brauchen Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten ebenso wie die rentenrechtliche Absicherung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und geringer Arbeitsentgelte.

Wir wollen Altersarmut verhindern. Dafür brauchen wir gute Arbeit und gute Löhne, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine leistungsfähige gesetzliche Rentenversicherung. Sie muss paritätisch und damit sozial gerecht finanziert sein. Und letztendlich wollen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln.

Zukunftschancen der Jugend

Die dramatischen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zwingen zu raschem Handeln. In europäischen Krisenländern droht eine ganze Generation verloren zu gehen. Investitionen in die Zukunft, wie wir sie mit dem Marshall-Plan vorgeschlagen haben, kommen gerade der jungen Generation zu Gute und bieten Perspektiven im eigenen Land.

Aber auch in Deutschland ist die Lage schwieriger als manche denken. Wir reden von knapp 300.000 jungen Menschen, die in der sogenannten Warteschleife gefangen sind und von über zwei Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben. Das sind immerhin 15 Prozent dieser Altersgruppe. Sie werden kaum eine Chance haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Die jetzige und auch die kommende Regierung müssen für diese jungen Menschen endlich etwas tun und sich der Probleme annehmen. Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung benötigen eine „Zweite Chance“. Hierzu sollte in einem ersten Schritt das ‚Meister-BAföG‘ erweitert werden, um auch Schulabschlüsse und Berufsabschlüsse zu fördern.

Wenn wir in unseren Betrieben künftig mehr hochqualifizierte Menschen brauchen, müssen wir auch unsere Hochschulen sozial öffnen, um mehr jungen Menschen ein Studium und einen Hochschulabschluss zu ermöglichen. Und wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Wir müssen deshalb alle Altersgrenzen aus dem BAföG streichen und es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen. Die Hochschulen müssen mehr berufsbegleitende Studiengänge anbieten.

Doch Hochschulen müssen die Studierenden wirklich aufnehmen können. Schon heute leiden sie unter chronischer Unterfinanzierung. Die doppelten Abiturjahrgänge und die Abschaffung von Wehr- und Zivildienst tragen dazu bei, dass Menschen ohne Abitur kaum im Fokus der Hochschulen stehen. Deshalb ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Um den Hochschulen einen finanziellen Anreiz zu geben, mehr beruflich Qualifizierte aufzunehmen, müssen in einem ‚Hochschulpakt Plus‘ Studienplätze für beruflich Qualifizierte mit einem zusätzlichen Bonus von 50 Prozent pro Platz gefördert werden.

Wir sind der Meinung, dass es ein Recht auf Ausbildung geben muss. Doch trotz der Klagen über einen Fachkräftemangel bilden die Betriebe immer weniger aus. Allein 2012 ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 3,2 Prozent gesunken. Nur noch gut jeder fünfte Betrieb bildet aus (22,5 Prozent). Das ist der niedrigste Stand seit 1999.

Es geht jedoch nicht nur um Quantität, sondern auch um die Qualität der Ausbildung. Eine „gute Ordnung der Ausbildung“ muss in den Betrieben auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ausbildung statt Ausbeutung lautet hier das Motto. Und damit junge Menschen sich nachhaltig auf dem Ausbildungsmarkt behaupten können, brauchen sie eine gute drei- bis dreieinhalbjährige Ausbildung und keine Kurzeitausbildungen.

Bei den neuen Berufen und modernen Ausbildungsordnungen muss das Konsensprinzip wieder zur Grundlage gemacht werden, das heißt die Arbeitgeber und die Bundesregierung dürfen nicht einseitig entscheiden, wie die Ausbildung der Zukunft aussieht. Es zählte bisher zu den Stärken des dualen Systems in Deutschland, dass solche Fragen im Dialog zwischen Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften gemeinsam entschieden werden. Dieses Markenzeichen dürfen wir nicht aufgeben.

Die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend zur Bundestagswahl starten am 16. März mit regionalen Veranstaltungen in sechs Städten.

1. Mai 2013

Voller Selbstbewusstsein ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund am 1. Mai unter dem Motto ‚1. Mai – Unser Tag, Gute Arbeit, sichere Renten, soziales Europa‘ zur Teilnahme an unseren Veranstaltungen auf. Wir werden dann mit vielen Kolleginnen und Kolleginnen auf die Straße gehen und einen Politikwechsel für die Beschäftigten fordern. Ich selber werde auf der Hauptkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München reden.

2. Mai 2013

Am 2. Mai 2013 jährt sich zum 80. Mal die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten, die mit dem Sturm auf die Häuser der freien Gewerkschaften begann. Tausende Gewerkschaftsmitglieder wurden in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt, in die Emigration getrieben oder ermordet. An diesem Tag werden wir an die Opfer im Rahmen einer Festveranstaltung gedenken. Ich freue mich sehr, dass Bundespräsident Joachim Gauck aus diesem Anlass eine Grundsatzrede zur Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung halten wird.

80 Jahre nach der Stürmung der Gewerkschaftshäuser wird es auch endlich Zeit für ein Verbot der NPD. Wir fordern ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Nazi-Seiten im Internet. Es ist für einen überzeugten Demokraten fast unerträglich, dass sich eine bekanntermaßen demokratiefeindliche Gruppierung wie die NPD durch Wahlkampfkostenerstattung finanzieren kann.

Mitgliederentwicklung

Auch wenn uns die konsolidierten Zahlen aus dem Dezember 2012 noch fehlen, kann in der Tendenz schon heute gesagt werden, dass die DGB-Gewerkschaften den Schwund an Mitgliedern inzwischen weitgehend stoppen beziehungsweise Mitgliederzuwächse verzeichnen können.

Erfreulich ist die Zunahme der Mitgliederzahlen bei jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und bei aktiv Beschäftigten, liegt die Stärke der DGB-Gewerkschaften doch in der Verankerung in den Betrieben. D.h. die Zahl der aktiv beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder nimmt zu. Strukturell gelingt es uns durch diese Entwicklung das Verhältnis von Rentnerinnen und Rentnern auf der einen Seite und Beschäftigten auf der anderen Seite auszubalancieren.

Klausur DGB-Bundesvorstand

Gestatten Sie mir zum Ende meiner Ausführungen noch einen Blick in die nächste Woche. Am Dienstag und Mittwoch trifft sich der DGB-Bundesvorstand zu seiner jährlichen Klausur. In diesem Jahr erwarten wir zu unserer Sitzung die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Am Dienstagabend sind wir wiederum Gäste des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Ich freue mich auf anregende Gespräche, die wir nutzen werden, um eine neue Ordnung der Arbeit mit unseren Gästen zu besprechen.
